

Arbeitsfelder der DEAE

- Theologische Bildung
- Religiöse Bildung
- Familienbildung
- Lebensformen
- Bildung im Alter
- Generationen
- Gender
- Kultur
- Kreativität
- Interkulturalität
- Zivilgesellschaft
- Professionelle Praxis

Religiöse Bildung

Zur Missionarischen Bildungsinitiative Ein Zwischenruf!



Antje Rösener

Die Idee der „Missionarischen Bildungsinitiative“ entstand in der letzten Phase der Amtszeit des ehemaligen Ratsvorsitzenden der EKD Wolfgang Huber. Diesem war sehr daran gelegen, die evangelikalen Ränder der Kirche und ihre facettenreichen Vertreter stärker in die Volkskirche einzubinden.

2007 wurden die ersten Informationen über eine Kampagne, die Glaubenskurse in jede Gemeinde Deutschlands bringen sollte und den Namen „Missionarische Bildungsinitiative“ trug, bekannt. Die Verantwortlichen für den Reformprozess Kirche der Freiheit in der EKD und das Amt für Missionarische Dienste (AMD) in Berlin stellten das Projekt vor. Die Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft Erwachsenenbildung (DEAE) bot ihnen sehr bald an, diese Initiative auf dem Hintergrund ihrer langjährigen Erfahrungen mit vielen Formaten Religiöser Bildung mit zu entwickeln und zu gestalten. Denn das Anliegen, Gemeinden zu attraktiven und zeitgemäßen Angeboten religiöser Bildung zu ermutigen, wurde auch von ihr als sehr wichtig erachtet.

Eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe war aber nicht gewünscht. Der Rat der

EKD beauftragte das Amt für Missionarische Dienste in Berlin, die Kampagne zu steuern. Finanziell ermöglicht wurde das Projekt durch eine Großspende des Unternehmers Deichmann aus Essen (650.000 €), der seinerseits in einer freikirchlichen Gemeinde bei Essen engagiert ist. Die EKD stockte den Etat durch weitere 650.000 € auf.

Inzwischen ist einiges passiert: Im AMD in Berlin nahm ein Projektbüro die Arbeit auf. Der Ordner, in dem die Kampagne in neun von ihr ausgewählten Glaubenskursen vorgestellt wird, wurde 2011 an alle Gemeinden Deutschlands verschickt.¹ Die meisten der dort aufgenommenen Kurse stammen aus der missionarisch geprägten Glaubenskursarbeit. Ein Theologiekurs² („Zwischen Himmel und Erde“) stammt aus der Erwachsenenbildung in Baden und Württemberg. In den meisten Landeskirchen wurden Steuerungsgruppen gebildet, die dabei sind, die eigene Klientel für das Projekt zu gewinnen. In einigen Landeskirchen werden deutlich mehr Glaubenskurse durchgeführt als vorher, in anderen fruchtet die Kampagne bislang noch kaum.

Deutlich ist aber schon jetzt:

- Das Format der Glaubenskurse erreicht vor allem die Milieus, die wir in der Kirche eh schon am besten erreichen, nämlich das Milieu der Traditionsverwurzelten und Konservativen, sowie mit etwas Geschick auch Teile der bürgerlichen Mitte.
- Das Format wird von Menschen, die mit der Kirche sehr verbunden sind, zum Teil gern angenommen, da es zur weiteren Vertiefung des eigenen Glaubens beiträgt.
- Die überspannten Erwartungen an einen neuen missionarischen Aufbruch durch flächendeckende Glaubenskurse in Deutschland haben sich deutlich

¹ Erwachsen glauben – Missionarische Bildungsangebote, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste (AMD). Gütersloh 2011. Der Ordner ist erhältlich beim Projektbüro „Erwachsen glauben“ in Berlin (projektbuero@kurse-zum-glauben.org).

² Zwischen Himmel und Erde. Themen der Theologie erleben und bedenken. Ein evangelischer Theologiekurs, hrsg. von der Landesstelle für Ev. Erwachsenenbildung in Baden und der Landesstelle für Ev. Erwachsenen- und Familienbildung in Württemberg. Gütersloh 2003.

relativiert. Dies hört man in vielen Gesprächen quer durch die Landeskirchen. Denn die modernen Milieus unserer Gesellschaft sind weitgehend resistent gegen das Format „Kurse im Gemeindehaus unter Leitung des Pfarrers/der Pfarrerin“. Gleichzeitig sind es genau diese Milieus, in denen Kirche immer weniger Verbündete findet.

- Nichtsdestotrotz darf davon ausgegangen werden, dass es spätestens 2013 Evaluationsergebnisse geben wird, die den Erfolg der Kampagne belegen werden. Dies braucht die Initiative schon allein deswegen, um weitere Gelder für Nachfolgeprojekte zu erhalten. Die wissenschaftliche Begleitung und damit auch die Evaluation des Projektes hat das Institut zur Erforschung von Evangelisation und Gemeindeentwicklung (IEEG) an der Universität Greifswald unter Leitung von Professor Dr. Michael Herbst übernommen. Herbst ist seinerseits Herausgeber des Glaubenskurses EMMAUS, der in der Kampagne mit beworben wird. Er steht der Theologie der missionarisch geprägten Kurse, die in dem Ordner überwiegen, sehr nah.

Einschätzung

Auf dem Hintergrund meiner über 10-jährigen Tätigkeit in der Evangelischen Erwachsenenbildung und vielfältiger Erfahrungen in der Religiösen Bildung (auch in Gemeinden) sowie als Sprecherin der Fachgruppe für Religiöse und Theologische Bildung der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft Erwachsenenbildung (DEAE) erlaube ich mir folgende vorläufige Einschätzung:³

1. Die Grundidee, in Gemeinden und Kirchenkreisen mehr Angebote Religiöser Bildung zu etablieren, kann ohne Abstriche unterstützt werden.
2. Theologische Kurse im Gemeindehaus sind aber nur eine Möglichkeit unter vielen anderen. Dieses Format spricht fast nur die Milieus an, in denen Kirche eh sehr gut verankert ist. Trotzdem kann es gute Gründe geben, genau dieser Klientel ein glaubensvertiefendes/theologisches Angebot zu machen.

³ Vgl. dazu auch Antje Rösener: Standards für eine Bildung, die dem Menschen dient und der Kirche gut zu Gesicht steht. In: Johannes Zimmermann (Hrsg.): Darf Bildung missionarisch sein? Neukirchen 2011, S. 132–149.

3. Für kirchliche Bildungsangebote und auch Glaubenskurse sollten aber auch die Qualitätsstandards⁴ eingehalten werden, die heute in der Bildungslandschaft gang und gäbe sind:

- a) Die Kurse sollten theologisch dem Stand der theologischen Forschung entsprechen. In den klassisch missionarischen Kursen wie z.B. Alpha-Kurs, EMMAUS, Stufen des Lebens oder SPUR 8 sucht man die Ergebnisse des jüdisch-christlichen Dialogs, der sozialgeschichtlichen Bibelauslegung oder auch interreligiöse sowie genderbewusste Aspekte der theologischen Forschung der letzten 50 Jahre vergeblich.
- b) Den Kursen sollte eine subjektorientierte, partizipative Didaktik⁵ zugrunde liegen, die die Teilnehmenden nicht für missionarische Zwecke instrumentalisiert und ihnen jederzeit die Chance lässt, sich von Formen und Inhalten zu distanzieren. (So gehört es zum Beispiel zum methodischen Repertoire des Alpha-Kurses, vom Gespräch über den Glauben direkt dazu überzugehen, Gebetsgemeinschaften zu bilden und durchzuführen. Hier brauchen Teilnehmende sehr viel Mut, sich auszuklinken. Meistens schaffen sie das nicht beim ersten Mal, sondern melden solche Angebote in der Folge und berichten später an anderer Stelle, wie viel Druck ihnen eine solche ver-

einnehmende „Didaktik“ gemacht hat.)

- c) Die Kurse sollten inhaltlich und methodisch der Pluralität von Frömmigkeiten und Theologien Rechnung tragen. Es gibt schon in der Bibel nicht nur ein Evangelium, sondern vier. Es gibt nicht nur eine richtige Interpretation eines Bibeltextes, es gibt nicht nur eine Weise, sein eigenes Christsein zu verstehen. Kurse, die Menschen auf diese Pluralität nicht vorbereiten, tun weder den Menschen noch der Kirche einen Gefallen: Denn früher oder später sind alle mit dieser Pluralität konfrontiert und müssen Entscheidungen begründen und vertreten können. Pluralitätskompetenz gehört zu den wichtigsten Fähigkeiten der Moderne. Einfache und eindeutige Lösungen erweisen sich allzu leicht als fundamentalistische Scheinlösungen. Und wenn es möglich ist, den Religionsunterricht in der Grundschule nach den Standards moderner Pädagogik mit Blick auf die Pluralität von Meinungen und Glaubensweisen auszurichten, dann sollte dies auch für Erwachsene (selbst für solche mit niedrigem Bildungsniveau) möglich sein.
4. Will man aber darüber hinaus mehr Menschen (und vor allem auch die aus den modernen Milieus) auf religiöse Fragen hin ansprechen, muss man die Angebotsformate deutlich erweitern: Filmgottesdienste und Filmabende, Biblisch Kochen, Salongespräche, Meditationsangebote, geführte Pilgerwanderungen, Bibliodrama-Angebote, Frauenmahle, Vater-Kind-Wochenenden, Auszeiten in Klöstern, Exkursionen zu Kirchen, Moscheen, Synagogen, Diskussionen zu aktuellen Themen, Tauffeste und Taufvorbereitungsabende, Ausstellungen, (interreligiöse) Lesungen an besonderen Orten, Kirchenführungen mit allen Sinnen – die Palette ist groß.

Es ist nicht leicht, Erwachsene in ihrer knapp bemessenen Freizeit für religiöse Themen zu gewinnen. Es ist noch schwerer, das Interesse von Erwachsenen aus den modernen Milieus mit nur loser Anbindung an Kirche für solche Angebote überhaupt zu wecken. Hier bieten sich für Gemeinden Kooperationen mit kirchlichen und landeskirchlichen Bil-

dungsreferaten, mit Volks- und Fachhochschulen, (Stadt-)Akademien, Museen, Initiativen und Vereinen an, damit nicht neue Überforderungen entstehen.

Last but not least

In einer so ausdifferenzierten Gesellschaft wie der unsrigen können die Kirchen mit einem theologisch und pädagogisch so eng vermessenen Angebot wie den Glaubenskursen nicht erfolgreich „missionarisch“ tätig werden. Das wusste man – auch im Rat der EKD – lange bevor die „Missionarische Bildungsinitiative“ gestartet wurde. Aber wenn die ganzen Mühen und die jetzt eintretende Ernüchterung dazu verhelfen, das zu erkennen und von nun an die Unterschiedlichkeit der kirchlichen Akteure und ihre jeweiligen Stärken zu würdigen, zu fördern und in Anspruch zu nehmen – dann wären wir am Ende doch ein gutes Stück vorangekommen.

Mancher Umweg lohnt eben doch.

Antje Rösener, Theol. Studienleiterin im Ev. Erwachsenenbildungswerk Westfalen und Lippe e.V., Mitglied im Vorstand der DEAE, Sprecherin der Fachgruppe für Religiöse und Theologische Bildung
antje.roesener@ebwwest.de

Zivilgesellschaft

Wer steuert?

Reformationshistorische Bemerkungen zur Krise des europäischen Integrationsprojektes



Andreas Seiverth

Seit 2008 befinden wir uns in der „Reformationsdekade“, die mit dem 500-jährigen Jubiläum zum „Thesenanschlag“ 1517 in Wittenberg abgeschlossen werden wird. Die Dekade

hat eine thematische Agenda, in der für das Jahr 2010 das Thema Bildung in Verbindung mit Melanchthons 450. Todestag behandelt wurde; „Freiheit“ wurde im vergangenen Jahr traktiert und für das laufende Jahr ist „Musik“ zu machen. Für die beiden kommenden Jahre werden die

4 Die Idee von Qualitätsstandards für das missionarische Handeln der Kirche stammt von Professor Hauschildt, mit dem Ziel, dieses Handeln transparenter und anschlussfähiger zu machen. Vgl. dazu: Eberhard Hauschildt: Mission und Werbung – eine Basissoziation. In: Theol. Literaturzeitung, 134 (2009), S. 1289–1302. Die Ev. Erwachsenenbildung ist vonseiten ihrer öffentlichen Geldgeber seit Jahren verpflichtet, Qualitätsmanagement zu betreiben und ihre Standards offenzulegen und sich damit den im öffentlichen Bildungshandeln geltenden Maßstäben zu stellen.

5 Prof. Dr. Dr. Nipkow hat 2011 in einem Festvortrag in Dortmund noch einmal darauf hingewiesen, wie wichtig es sei, dass die Kirche sich in ihrem Bildungshandeln nicht unter dem in unserer Gesellschaft üblichen (und stetig steigenden) Bildungsniveau bewegt. Vgl. Karl Ernst Nipkow: Lebensbegleitung, Verständigung und Mündigkeit. In: Evangelische Erwachsenenbildung im Strom der Zeit, hrsg. vom Evangelischen Erwachsenenbildungswerk Westfalen und Lippe e.V., S. 16–31 (abrufbar unter www.ebwwest.de).

Themen der Dekade politisch, wenn es um die Themen „Toleranz“ und „Politik“ gehen soll. Die von der EKD ausgerufene Reformationsdekade ist der begrüßenswerte Impuls, dem „deutschen Protestantismus“ erkennbares Profil und eine vernehmbare Stimme zu geben. Sie verfolgt jedoch mit der Setzung des Bezugsdatums zugleich eine unverkennbare Steuerungsabsicht der historischen Selbstinterpretation der Evangelischen Kirche. So unbestreitbar die „Wittenberger Thesen“ und ihre Verbreitung den „reformatorischen Prozess“ initiierten, beschleunigten und ihm einen intellektuellen Horizont vermittelten, den die historisch vorausgehenden Reformbewegungen in dieser Form nicht kannten, so fragwürdig ist es, darin so etwas wie einen „Ursprung“ sehen zu wollen und das Jahrzehnt nach 1517 mit seinen *Entscheidungsjahren 1520/21* (Luthers drei Reformationsschriften und Wormser Verhör) und 1525/26 (Bauernkrieg und Steuerung der „reformatorischen Veränderungen“ durch die weltlichen Obrigkeiten) nicht als historischen Interpretationsrahmen für die intendierte aktuelle Selbstdeutung „des Protestantismus“ zu wählen.

In einer bildungstheoretischen Perspektive geht es mit der hier angedeuteten Kritik an der „Wittenberg-fixierten“ Reformationsdekade primär nicht nur um Erinnerungspolitik und damit um die fragwürdige Formierung unserer intellektuellen und politischen Aufmerksamkeit. Die Lernchance, die in einer Rückbesinnung auf die historische Reformationsdekade nach 1517 liegt, bestünde darin, im Horizont unserer gegenwärtigen Krisenerfahrungen des europäischen Integrationsprojektes die zentrale Frage der *Entscheidungsdekade* für das Schicksal der Reformation aufzunehmen: Wie wurde damals die fundamentale Krise der gesellschaftlichen normativen Ordnung artikuliert und wie die Frage beantwortet, wer die politische Steuerungskompetenz innehat oder sie legitimerweise in Anspruch nehmen darf, um die Krise im Sinne einer Beseitigung ihrer Ursachen und der Herstellung einer neuen gerechtfertigten Ordnung zu bewältigen?

Krisenerfahrungen zeigen, salopp gesagt, dass etwas nicht mehr ungestört

und wie gewohnt weitergeht oder gehen kann. Sie artikulieren gestörte Routinen, markieren Grenzen administrativer Regelungen und machen die Beantwortung der Frage unabweisbar, wer über Ziel und Richtung, Inhalt und Methoden von Problemlösungen entscheidet. Nimmt man diese Fragestellung als Kriterium einer reformationsgeschichtlichen Reflexion, dann wird in aufregender Weise deutlich, welche Ambivalenzen Martin Luthers politisch-theologischen Schriften innewohnen und in welcher unterschiedlicher Weise sie von den verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren angeeignet wurden, ohne dass sich bestimmt und abschließend behaupten ließe, welche Aneignungsform die richtige und wahre sei. Orientiert an diesem Reflexionskriterium lässt sich die Geschichte der Reformation weder für die Geschichtskonstruktion einer deutschen Untertanenmentalität von Luther bis Hitler noch für das Projekt einer „Kirche der Freiheit“ in Anspruch nehmen, die darüber vergisst, dass die Unterdrückung jeglichen „Aufruhrs“ von Luther und Melanchthon ebenso gerechtfertigt wurde, wie die städtischen Magistrate und Landesfürsten aufgefordert und ermächtigt wurden, Reformen und revolutionäre Aktionen durchzuführen. Luthers Schrift „An den christlichen Adel deutscher Nation von des christlichen Standes Besserung“ war in theologischer Hinsicht seine Revolutionsschrift, welche „die Fundamentalunterscheidung zwischen Klerus und Laien unterlaufende egalistische Vorstellung“ begründete, dass alle Christen gleichermaßen „auß der tauff krochen“ seien und sie sich deshalb alle rühmen könnten, „Priester zu sein“, und „alle gleichermaßen berechtigt, in der Wahrnehmung ihres ‚geystlichen standes‘ Verantwortung zu übernehmen, die Schrift auszulegen und die öffentlichen Missstände zu beheben.“¹ Damit war eine Interpretations- und Handlungsermächtigung formuliert, deren einseitige und nach und wegen des Bauernkriegs ausschließliche Zuschreibung an die städtischen Magistrate und Territorialfürsten nur um den Preis einer nachträglichen interpretatorischen Restriktion und aus politisch-pragmatischen, also machtopportunistischen Gründen zum neuen ordnungspoliti-

schen Dogma der sich formierenden und aufstrebenden fürstlichen Territorialstaaten avancieren konnte. Es hat die Reformatoren Luther und Melanchthon eine erhebliche Anstrengung gekostet, jenen „kirchenhistorischen Dammbruch“ nachträglich zu kanalisieren, den die „theologische Ermächtigung der Laien zu eigenständiger Urteilsbildung und zur Überwindung krisenhafter Missstände“² ermöglicht und zumindest mitverursacht hatte. Auch wenn man konzidiert oder auch relativierend davon spricht, dass Luthers politisch-theologische Schriften Stellungnahmen in einem historischen Prozess mit offenem Ausgang waren, so stellt sich dennoch heute umso mehr die Frage nach der normativen Gültigkeit und der heute notwendigen Rechtfertigungsfähigkeit seiner ja immer auch mit einem unverkürzten Wahrheits- und Geltungsanspruch vorgetragenen Argumente und Forderungen.

Fragt man in dieser Perspektive nach dem möglichen Beitrag von Luthers Theologie zur Demokratieentwicklung in Deutschland und in Europa, dann ist er am ehesten darin zu finden, dass er die Verpflichtung und die Autorisierung jedes einzelnen Christenmenschen und jeder Gemeinde begründet hat, die *Lehre zu beurteilen*. Luther verknüpft damit die *Urteilsfähigkeit mit der Reflexions- und Begründungspflicht* eines jeden Einzelnen. Darin liegt das praktisch-normative Fundament der Demokratisierung begründet, das im historischen Prozess der Reformation auf die Obrigkeiten und deren politische Repräsentationsinstanzen beschränkt und seit 1529 für diese dann auch rechtlich kodifiziert worden ist. 1523 konnte Luther jedoch ohne Umschweife behaupten: „Nicht bloß haben sie (die Christen) also die Macht und das Recht, über alles, was gepredigt wird, zu urteilen, sondern sind bei der Ungnade der göttlichen Majestät verpflichtet, zu urteilen. Daran sehen wir, wie die Tyrannen so unchristlich an uns gehandelt haben, indem sie dieses Recht und Gebot uns weggenommen und sich selber zugeeignet haben.“³ Aus der Taufe folgt, dass

² Ebd., S. 272.

³ Martin Luther: Daß eine christliche Versammlung oder Gemeinde Recht und Macht habe, über alle Lehre zu urteilen und Lehrer zu berufen, ein- und abzusetzen, aus der Schrift

¹ Thomas Kaufmann: Geschichte der Reformation. Frankfurt/Leipzig 2009, S. 271.

eine „christliche Gemeinde“ „bei ihrer Seelen Seligkeit“ und der „Verpflichtung entsprechend, die sie Christus gegenüber in der Taufe übernommen hat“, es schuldig ist, „eine derartige obrigkeitliche Gewalt zu meiden, zu fliehen, abzusetzen und sich ihr zu entziehen.“⁴

Theologische, kirchliche und gesellschaftspolitische Missstände ließen sich zur Zeit der Reformation nur im Lichte einer „reinen Lehre“ und mithilfe einer „lauteren Predigt des Wortes Gottes“ identifizieren.⁵ Der in normativ-moralischer Hinsicht springende Punkt war für die Reformationszeit die revolutionäre These, dass die Taufe jedem Menschen jenen Status einer unangreifbaren Würde verleiht, der dann in einem postchristlichen („nachmetaphysischen“) Diskurs allen Menschen als Trägern einer unverlierbaren Würde und darin begründeter Menschenrechte zugeschrieben wird. Auf dieser Grundlage vollzog sich „der Klärungsprozess hinsichtlich der Kernfrage, wer das maßgebliche Handlungs- und Entscheidungssubjekt der kirchlichen Neuerungen sein sollte, die kirchliche oder politische Gemeinde, die weltlichen Obrigkeiten oder gar einzelne Aktionsgruppen besonders überzeugungsfester Christenmenschen.“⁶ Die theologischen Reformationsakteure von Luther bis Müntzer, von Melancthon bis Karlstadt betrachteten ihre Lehre als Begründungstheorie und als Aufforderungsprogramm, aus denen auf der einen Seite „gemeindeformatorische Gestaltungsprozesse“ legitimiert wurden, aus denen aber auf der anderen Seite auch das Primat der „obrigkeitlichen Entscheidungsvollmacht“ gerechtfertigt wurde.

Eine verbindliche „Lehre“, in deren Licht Entscheidungen getroffen und begründet, praktische Verpflichtungen legitimiert und politische Initiativen ermöglicht werden, müsste auch heute von der Art sein, dass sie zum Handeln ebenso inspirieren wie ermutigen kann und gleichzeitig einen normativen Rechtfertigungshorizont eröffnet, in dem die

begründet und nachgewiesen (1523). In: Martin Luther: Von weltlicher Obrigkeit. Calwer Luther-Ausgabe, Bd. 4. Hamburg 1973, S. 194.

4 Ebd.

5 Thomas Kaufmann, a.a.O., S. 321.

6 Ebd., S. 321.

Angehörigen eines politischen Gemeinwesens „mit guten Gründen“ argumentieren und „ihre persönlichen Überzeugungen“ unzensuriert artikulieren können. Ob dieser Doppelcharakter, der theologisch-politischen Lehren inhärent ist, auch den demokratischen Verfassungsprinzipien und den Menschenrechten zukommt, ist die Frage, an der sich die zukünftige Kraft der europäischen, noch weitgehend nationalstaatlich verfassten Zivilgesellschaften entscheiden wird. Nach der Diagnose von Jürgen Habermas wird sich an dieser Frage allerdings auch entscheiden, ob die politischen Klassen der europäischen Staaten „ihr Eliteprojekt (der Einigung Europas, A. S.) und die Entmündigung der europäischen Bürger“⁷ werden fortsetzen können. Heute sind die „Missstände“, die eine ganze Lebensordnung, nämlich die rechtsstaatliche, demokratische und sozialstaatliche Verfassung Europas bedrohen und faktisch in Frage stellen, die offenkundig werdenden Konstruktionsfehler der Europäischen Währungsunion, die in Kraft gesetzt wurde, ohne sie zugleich mit der notwendigen verfassungsrechtlichen und wirtschaftspolitischen Steuerungsfähigkeit auszustatten. Heute zeigt sich, dass für die Herstellung und Funktionsweise eines einheitlichen europäischen Wirtschaftsraums die Regeln des freien Marktes und die Imperative des ungehinderten Wettbewerbs nicht genügen, um die Eurozone gegen die finanzspekulativen Angriffe „der Märkte“ zu verteidigen. Was sich heute vollzieht, ist die Enteignung des europäischen Integrationsprojektes durch die nationalen Regierungen, die die Fortentwicklung der Konstruktionselemente des europäischen Einigungsprozesses auch weiterhin über die Köpfe der Bevölkerungen hinweg betreiben. Der europäische Einigungsprozess „steckt heute in der Sackgasse, weil er nicht weitergehen kann, ohne vom bisher üblichen administrativen Modus auf eine stärkere Beteiligung der Bevölkerung umgestellt zu werden.“⁸ Der Preis für den Sieg der Reformation war ihre Überantwortung an die fürstlichen Akteure der aufstrebenden Territorialmächte und die Steuerung ihrer praktischen Umsetzung durch die städtischen Magistrate.

7 Jürgen Habermas: Zur Verfassung Europas. Ein Essay. Berlin 2012, S. 124.

8 Ebd.

Was schon damals die Entmündigung des „gemeinen Mannes“ war, kann und darf nicht die vermeintliche Grundlage für die Fortsetzung eines historischen Projektes sein, an dem die Hoffnungen auf Überwindung nationaler machtsstaatlicher Egoismen hängen, denen „Europa“ nicht nur einmal in die Hände fiel und durch die es sich selbst zerstörte.

Andreas Seiverth ist Bundesgeschäftsführer der DEAE und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Comenius-Instituts
a.seiverth@deae.de

„Soziale Grundsätze der Kirchen gestalten Europa“ – EU-Projekt 2008



Lothar Elsner

Das nachfolgend skizzierte europäische Projekt wurde vom Bildungswerk der Evangelisch-methodistischen Kirche in Deutschland 2008 gemeinsam mit Verantwortlichen

der Erwachsenenbildung in England und Finnland durchgeführt. Es wurde im Rahmen des Grundtvig-Programms der EU als „Flankierende Maßnahme“ mit knapp 60.000 € gefördert.

Projekthintergrund:

Folgende Beobachtungen und Einschätzungen waren Ausgangspunkte des Projektes:

1. In dem schon länger bestehenden Austausch zwischen den Mitgliedern der methodistischen Kirchen in Europa wurde deutlich, dass die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit vor einer doppelten Herausforderung steht: In den alten EU-Ländern werden angesichts von globalem Wettbewerb viele Errungenschaften des Sozialstaats infrage gestellt oder eingeschränkt. Die großen diakonischen Einrichtungen – überwiegend sozialstaatlich finanziert – geraten unter Druck. In den neuen EU-Ländern Osteuropas sind mit der veränderten Wirtschaftsordnung erhebliche Disparitäten und soziale Un-

gerechtigkeiten entstanden. Zugleich ist ein Prozess im Gang, als Zivilgesellschaft Verantwortung für die soziale Gestaltung zu übernehmen und sozialstaatliche Institutionen neu aufzubauen. Viele neue soziale Projekte werden von Kirchengemeinden gegründet.

2. Nicht nur in der Diskussion um eine EU-Verfassung wurde sichtbar, dass die EU sich zwar als eine „Wertegemeinschaft“ sehen will, aber die gemeinsamen Grundlagen nicht leicht zu fassen sind. Der konkrete Wille und die Kraft zur Überwindung von sozialen Ungerechtigkeiten ist in dem vielfältigen Europa nur schwer zu mobilisieren. Es ist ein wesentlicher Auftrag der Kirchen, „ein Bewusstsein von dem, was fehlt“ (Habermas) in der Gesellschaft wach zu halten.
3. Drittens gab es noch einen spezifisch methodistischen Anlass. 1908 wurden im ersten „social creed“ (Soziales Bekenntnis) der Methodisten in den USA die sozialen Rechte (im Bezug auf Arbeitsverhältnisse) formuliert. Die hundertjährige – auch ökumenische – Geschichte dieses Bekenntnisses ist eine Quelle und Bezugspunkt der sozialen Verantwortung bis heute.¹

Projektziele:

Das Projekt hatte das Ziel, Multiplikatorinnen, Seminarleitungen der Erwachsenenbildung und Menschen, die in sozialen Projekten aktiv sind, zu befähigen, Prozesse des sozialen Lernens zu initiieren und zu fördern.

Folgende Fähigkeiten sollten erworben bzw. erweitert werden:

- Menschen zu sensibilisieren für lokale Probleme und gesellschaftliche Herausforderungen (z. B. Arbeitslosigkeit, alternde Gesellschaft, Drogenprobleme, Minderheitenrechte);
- Menschen Orientierung in den wachsenden Handlungsmöglichkeiten und dem Wertepluralismus zu ermöglichen, d. h. Menschen dazu anzuleiten, für unterschiedliche politische und gesellschaftliche Fragen „soziale Grundsätze“

formulieren und diskutieren zu können (z. B. verantwortlicher Umgang mit den medizinischen Möglichkeiten am Ende des Lebens, generationengerechte Lastenverteilung);

- Menschen zu politischer Partizipation und sozialem Engagement zu motivieren. Also möglichst viele Menschen zu ermutigen und zu befähigen, sich als Bürgerinnen und Bürger an den politischen Prozessen zu beteiligen und sich (auch ehrenamtlich) für das soziale Zusammenleben zu engagieren (z. B. in konkreten Projekten wie Suchtkrankenhilfe, Arbeitsloseninitiativen, nachbarschaftliche Unterstützung von Senioren oder in Zentren für jugendliche alleinerziehende Mütter).

Diese Ziele sollten direkt bei den 50 Projektbeteiligten durch die intensive Schulung während einer Konferenzwoche erreicht werden.

Darüber hinausgehend wurden sie als Multiplikatoren in ihren sozialen Projekten mit diesen neuen Erfahrungen tätig, um in Veranstaltungen selbst Menschen für soziale Fragen zu sensibilisieren, sie zur Verständigung über soziale Grundsätze zu befähigen und zu politischer Partizipation und sozialem Engagement zu motivieren.

Projektansatz und -durchführung:

Der Projektansatz bestand aus folgenden Elementen:

1. Vorhandene Kompetenzen entdecken und in einem Netzwerk verknüpfen:
In 15 alten und neuen EU-Ländern wurden Ehren- und Hauptamtliche der kirchlichen Erwachsenenbildung sowie Mitarbeitende aus sozialdiakonischen Projekten als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sozialen Lernens und sozialen Handelns von den methodistischen Kirchen vor Ort ausgesucht (Bulgarien, Deutschland, England, Estland, Finnland, Italien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Norwegen, Portugal, Schweiz, Serbien, Ukraine, Ungarn). Die verbindende Zugehörigkeit zur methodistischen Kirche erleichterte den Teilnehmenden den Einstieg in ein gemeinsames europäisches Projekt und die Besinnung auf gemeinsame Soziale Grundsätze in so unterschiedlichen Kontexten.

Die Teilnehmenden haben ihre schon vorhandene Kompetenz und Erfahrung in den Bereichen Erwachsenenbildung und soziales Handeln in die Gruppe eingebracht. Insbesondere durch die Konferenzwoche wurde ein Netzwerk geknüpft, in dem bis heute ein reger Austausch quer durch Europa gepflegt wird.

2. Weiterbildung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren bei einer zentralen Konferenz:

Die große Zahl unterschiedlicher Kontexte half, die soziale Situation des eigenen Landes schärfer wahrzunehmen und einzuordnen sowie den eigenen Horizont zu erweitern. Spannend waren die 15 persönlichen Berichte zur sozialen Situation und den Ansätzen kirchlichen sozialen Handelns in den jeweiligen Ländern und Lebenszusammenhängen.

Die unterschiedliche Herkunft und Geschichte der Teilnehmenden förderte die Auseinandersetzung über allgemein gültige soziale Grundsätze. Die verschiedenen beruflichen Hintergründe (z. B. Lehrerin, Ökonom, Journalistin, Arzt, Pastor) erweiterten die methodischen Zugänge zum Thema und die Ideen für eigene Projekte. Durch den Austausch und zusätzliche historische, pädagogische, theologische und sozialpolitische Impulse wurden das Orientierungswissen, das pädagogische Repertoire und die Handlungsmöglichkeiten der teilnehmenden Multiplikatorinnen und Multiplikatoren erweitert.

3. Zentral initiierte und begleitete Entwicklung von lokalen Projekten:
Bereits während der einwöchigen Konferenz begannen alle teilnehmenden Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, ein Projekt des sozialen Lernens und Handelns für ihren lokalen Kontext vorzubereiten. Dadurch wurde die unmittelbare Umsetzung des Gelernten eingeleitet und auftauchende Schwierigkeiten konnten gemeinsam überwunden werden. Das sechsköpfige Leitungsteam aus den drei Konsortiumsmitgliedern begleitete die Teilnehmenden in allen Phasen der Entwicklung ihrer lokalen Projekte, von den ersten Widerständen gegenüber der Idee vor Ort bis zur Evaluation der Projekte.

¹ Vgl. auch Lothar Elsner/Ulrich Jahreis (Hrsg.): Das Soziale Bekenntnis der Evangelisch-methodistischen Kirche. Geschichte – aktuelle Bedeutung – Impulse für die Gemeinde. Göttingen 2009.

Schon am Ende des Projektzeitraums von einem Jahr konnte die Durchführung von 20 Veranstaltungen und acht Kursen mit insgesamt über 1000 Teilnehmenden registriert werden. Auf diesem Wege sind etliche neue sozialdiakonische Initiativen entstanden oder weiterentwickelt worden. Die lokalen Projekte beinhalteten ganz unterschiedliche Formen von einzelnen Informations- und Diskussionsveranstaltungen bis zu Kursen und Seminartagen. Sie variierten vom Gesamtthema der sozialen Grundsätze und des sozialen Handelns bis zu konkreten Teilthemen wie „Umweltzertifizierung“, „nachbarschaftlicher Besuchsdienst“, „Neubesinnung im Umgang mit Geld“ oder „Aufnahme von Flüchtlingen“. (Weitere Beispiele sind noch im Archiv der Homepage <http://www.emk-europrojekt.de/index.php?id=51> dokumentiert.)

4. Für die Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse und Erfahrungen wurden die üblichen Wege der Dokumentation im Internet und Arbeitsbuch beschränkt. Darüber hinaus wurden die Teilnehmenden als Multiplikatoren aktiv in ihren kirchlichen, ökumenischen und außerkirchlichen Kontakten, um ihre neuen Erfahrungen mit anderen zu teilen und gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen in Angriff zu nehmen.

Beobachtungen:

- Die Sprachbarrieren waren bei Teilnehmenden aus 15 Ländern mit zwölf verschiedenen Sprachen hoch. Durch viel Kleingruppenarbeit wurde die Sprachkompetenz gefördert. Zugleich gewann der nonverbale Ausdruck (Tanz, Malen, Musik) stärkeres Gewicht und wurde als wesentliches Element sozialen Lernens entdeckt.
- Dass ein Projekt mit Teilnehmenden aus 15 Ländern verwirklicht werden konnte, lag auch an der Konstruktion eines auf die Mindestzahl von drei Partnern beschränkten Konsortiums mit einer kleinen Projektgruppe, klarer Federführung und nur einer Abrechnungsstelle.
- Bei Antragstellung und Berichten erwies es sich als glaubwürdig und gut vermittelbar, das kirchliche Interesse, z. B. an der Vernetzung der Mitarbei-

tenden oder an der Verbreitung ihrer sozialen Grundsätze, nicht zu verstecken, sondern dieses offensiv mit den Zielen der EU zu verbinden.

Dr. Lothar Elsner ist Pastor und seit 1998 Leiter des Bildungswerks der Evangelisch-methodistischen Kirche in Deutschland, Hauptgeschäftsstelle in Stuttgart.
lothar.elsner@emk.de

Erwachsenenbildung für die Stärkung der Zivilgesellschaft

Bericht von der 4. Werkstatt Kritische Bildungstheorie



Hans-Gerhard Klatt

Seit 2008 trifft sich in der Evangelischen Bildungs- und Tagungsstätte Bad Alexandersbad eine „Werkstatt Kritische Bildungstheorie“. Ihr Ziel ist es, durch die Vorstellung und Diskussion von Studienarbeiten und Praxisreflexionen an das erwachsenenpädagogische Erbe Heinz-Joachim Heydorns zu erinnern und es in ein Spannungsverhältnis zu den gegenwärtigen Entwicklungen in der Bildungslandschaft zu bringen. Pädagogisch ist das Erbe des Frankfurter Hochschullehrers Heydorn (1916–1974) am deutlichsten im Institut für allgemeine Pädagogik und Berufspädagogik der Technischen Universität Darmstadt aufgehoben, an dem die Hochschullehrer Gernot Koneffke und Peter Euler Generationen von Studierenden geprägt und angeleitet haben, in der Spur Heydorns wachsam zu sein auf die innere Widersprüchlichkeit von Bildung zwischen Affirmation und Kritik. Trotzdem hat die in Frankfurt, dem Wirkungsort Heydorns, mit ihrer Geschäftsstelle angesiedelte Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) weder Frankfurt noch Darmstadt für die Werkstatt ausgewählt, sondern die Kooperation mit der aus klassisch bundesdeutscher Sicht etwas abgelegenen Bildungsstätte Bad Alexandersbad.

Es ist nicht nebensächlich, wo etwas stattfindet

In dreifacher Hinsicht macht der Ort Bad Alexandersbad als Heimat der Werkstatt Sinn. Zum Ersten hilft die gewisse Distanz zu den Zentren der bildungspolitischen Entscheidungen, den Kopf frei zu bekommen von den alltäglichen institutionellen Handlungszwängen, die immer auch schon der Funktionalisierung von Bildungsprozessen für ökonomische Zwecke unterliegen. Zum Zweiten verschiebt die geografische Lage von Bad Alexandersbad in der Grenzregion zu Tschechien das europäische Bewusstsein, denn die Werkstatt findet nicht in einer europäischen Randlage statt, sondern im europäischen Zentrum, nah am Geist von Johann Amos Comenius gelegen, ohne den die europäische Bildungsdiskussion nicht denkbar wäre. Zum Dritten erweitert der kirchliche Ort der Werkstatt die Wahrnehmung der lebenskulturellen und geistigen Wurzeln von Heinz-Joachim Heydorn: Er war eben nicht nur der kritische Sozialdemokrat, den seine Partei nach dem Unvereinbarkeitsbeschluss mit einer Mitgliedschaft im SDS aus ihren Reihen ausschloss, sondern auch ein engagiertes Kirchenmitglied (er gehörte ab 1968 der Synode der hessisch-nassauischen Kirche an) und ein großer Freund Israels.

Welche (Evangelische) Erwachsenenbildung braucht die Zivilgesellschaft heute?

Die 4. Werkstatt Kritische Bildungstheorie vom 21. bis 23. März 2012 stand unter einem besonderen Vorzeichen. Vorausgegangen war der institutionelle Wechsel in der Verantwortung der Werkstatt von der DEAE zum gemeinsam von der DEAE und dem Comenius-Institut aufzubauenen Aufgabenbereich Erwachsenenbildung im Comenius-Institut (CI) in Münster. Entsprechend hatte Andreas Seiverth, Bundesgeschäftsführer der DEAE und seit dem 1. Januar 2012 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Aufgabenbereich Erwachsenenbildung im CI, zusammen mit seinem Ko-Tagungsleiter Joachim Twisselmann, dem stellvertretenden Leiter des Ev. Bildungszentrums Alexandersbad, das Programm der 4. Werkstatt gezielt so

komponiert, dass es Beiträge zu den fünf Dimensionen erwachsenenpädagogischer Reflexion zur Diskussion stellte, die den neuen Aufgabenbereich einmal auszeichnen sollen.

In der *berufspraktischen* Dimension hat Klaus Müller, gerade in den Ruhestand verabschiedeter Pädagogischer Referent und Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft der Ev. Bildungswerke in Württemberg, eine berufsbiografische Rekonstruktion seiner eigenen Erfahrungen in und mit der „Erwachsenenbildung im Wandel“ vorgestellt. Vier Jahrzehnte zogen vor dem geistigen Auge vorbei, die geprägt waren durch das Kategoriensystem des gesellschaftlichen Wandels der Sinus Sociovision-Studie, vom beruflichen Einstieg in einen Ausläufer der württembergischen Kirchenreformbewegung der Sechzigerjahre, dem Haus der Begegnung in Geislingen, und seit 1978 über die Geschäftsführung einzelner Bildungswerke (Würzburg und Geislingen) bis zur Verbandspolitik für Evangelische Erwachsenenbildung auf Landesebene in verschiedenen Rollen. Eine Geschichte der stetigen Ökonomisierung des Bildungshandelns, des Verlusts der emanzipatorischen Deutungshoheit der Disziplin Erwachsenenbildung und der wachsenden Konfliktstellung zwischen Persönlichkeits- und Kompetenzentwicklung. Die Einordnung der eigenen berufsbiografischen Hoffnungen und Enttäuschungen, Aufbrüche und erlebten Grenzen in ein gesellschaftsanalytisches Kategoriensystem schützte davor, eine zu eindeutige (Verlust-)Bewertung vorzunehmen und öffnete die Rekonstruktion der persönlichen Geschichte für das Gespräch zwischen den Generationen. Der heute häufig kennzeichnende Motivationssatz von Teilnehmenden „Ich will hier niemanden kennenlernen, ich will etwas lernen“ markiert zwar den Abstand von 1978, entzieht sich aber auch eindeutigen Verlust- und Gewinnzuordnungen.

Zwei Beiträge trugen Stoff zur *historischen* Verortung der Evangelischen Erwachsenenbildung bei. Andreas Seiverth gab einen Einblick in den Stand seiner Arbeiten zur historischen Selbstbeschreibung der 1961 gegründeten DEAE. Einen besonderen Stellenwert maß er dabei den programmatischen Festansprüchen der diversen Jubiläen bei. Beson-

ders eindrücklich war sein Blick auf 1986, das 25-jährige Jubiläum. Der DEAE wurde damals ein ungewöhnliches Interpretationsangebot vom Grußwort-Sprecher Hans Tietgens geschenkt. Indem er darauf hinwies, dass die Evangelische Erwachsenenbildung wesentlich älter als die Volkshochschulbewegung sei, weil sie ihre Wurzeln in den Paulusbriefen und im Taufunterricht habe, gab Tietgens der DEAE das Pfund eines Blicks auf Erwachsenenbildung als genuin kirchlicher Entwicklung an die Hand. Die DEAE war in ihrer normativen Verankerung aber noch zu sehr in einer aufklärungspädagogischen und emanzipatorischen Gegenüberstellung zur Kircheninstitution verhaftet, als dass sie dieses Geschenk einer sowohl kirchlichen wie öffentlichen Profilierung hätte annehmen können. Ihr sprach mehr der theologische Festredner Martin Stöhr aus dem Herzen, der mit einer biblischen Begründung der Religionskritik im Hintergrund der Ev. Erwachsenenbildung die Aufgabe zuschrieb, die Kritik der (Selbst-)Verdinglichung in einem Weiterbildungsumfeld voranzutreiben, das sich immer mehr von emanzipatorischen Ansprüchen zugunsten von Qualifizierungsoffensiven verabschiedete.

Ein zweiter Beitrag zur historischen Verortung setzte einen Versuch der 3. Werkstatt Kritische Bildungstheorie fort. Während vor einem Jahr an Werner Simpfendorfer erinnert wurde, wurde jetzt der Blick auf den brasilianischen Befreiungspädagogen Paulo Freire gerichtet, der von 1970 bis 1973 mit Simpfendorfer die Bildungsabteilung beim Weltkirchenrat in Genf aufgebaut hatte. Die Kölnerin Kira Funke, die über Freires brasilianische Alphabetisierungsarbeit und ihre bis heute andauernden Nachwirkungen promovierte hatte, profilierte den Beitrag Freires zu einer (post)modernen pädagogischen Praxis in einem systematisierenden Blick auf die Gehalte und Zusammenhänge seiner Pädagogik, aber auch an anschaulichen Beispielen aus der heutigen Arbeit des Paulo-Freire-Instituts in Sao Paulo, etwa durch die Beförderung einer Mitentscheidungskultur der Bevölkerung am kommunalen Haushalt. Zur Frage, was eine kirchliche Erwachsenenbildung aus der Freire-Tradition für ihr heutiges Selbstbewusstsein schöpfen kann, hieß die Antwort Kira Funkes und der Diskussion über ihren Beitrag: Freire ist Haltung

(der Lehrkräfte) und Verheißung (eines Anerkanntseins)!

In der *bildungstheoretisch-systematischen* Hinsicht ist die Werkstatt per se dem Erbe Heinz-Joachim Heydorns verpflichtet. Schon die 3. Werkstatt 2011 hatte das Gefühl für die Bedeutung dieses Erbes durch eine biografieorientierte Begegnungs- und Gegenüberstellungsskizze zwischen Heydorn und Theodor W. Adorno geschärft. Was nun aber die Frankfurter Doktorandin Rachel Hünig als Zwischenbilanz ihrer Forschung vorstellte, barg Stoff für etliche weitere Werkstätten. Sie setzte – aus dem aktuellen bildungspolitischen Interesse, Substanz in die bewusst diffus gehaltene heutige Verwendung des Bildungsbegriffs zu bringen – Heydorn und Adorno über ein gemeinsames Drittes in ein Verhältnis zueinander, nämlich über ihren Bezug zu Wilhelm von Humboldt und seiner „Theorie der Bildung des Menschen“ (1795). Adornos („Theorie der Halbbildung“, 1959) ideologiekritisch begründetes, nur noch negativpädagogisch ausformuliertes Festhalten am Bildungsbegriff und Heydorns empathische Anknüpfung an Humboldt („Wilhelm von Humboldt. Abstand und Nähe“) erschienen dabei als zwei Seiten einer Medaille. Man darf auf die vollendete Dissertation von Rachel Hünig sehr gespannt sein.

Eine neue Dimension gewann die Werkstatt durch ihren Blick auf die anthropologischen Grundlagen des Bildungshandelns. Gabriele Neuhäuser, Hochschullehrerin in Landau, konnte ihre Provokation für eine Theorie der Erwachsenenbildung aus Krankheitsgründen leider nicht selbst vorstellen, sondern nur durch Andreas Seiverth vortragen lassen. „Mängelwesen Mensch? – Aspekte einer skeptisch-pessimistischen Anthropologie“ lautete ihr Beitrag, dessen provokativen Stoff sie aus ihrer Auseinandersetzung mit Arthur Schopenhauer gewann. So ungewöhnlich es ist, mit einer grundlegend skeptischen Beurteilung der moralischen Fähigkeiten und Möglichkeiten des Menschen und seiner Erziehbarkeit und Humanisierbarkeit einzusetzen, so erwies sich in der Diskussion doch der Rückgriff auf Schopenhauer als einer gewichtigen Quelle zur Traditionsbildung in der Erwachsenenbildung als ein bedenkenswerter und mit dem reformatori-

schen Aufbruch im Gegenüber zu Erasmus' Humanismus verknüpfbarer Weg.

Die Potenziale der *theologisch-systematischen und ekklesiologischen Grundierung* von Erwachsenenbildung herauszuarbeiten, war die Aufgabe von Oberkirchenrat Helmut Strack, dem früheren Leiter der Ev. Erwachsenenbildung in Baden und Vorsitzenden der DEAE und jetzt zuständig für die Personalentwicklung in seiner Landeskirche. Aus der Verknüpfung vieler aktueller soziologischer und ekklesiologischer Diskussionsstränge gewann Helmut Strack die These: „Evangelische Erwachsenenbildung nimmt innerkirchlich wie gesellschaftlich eine kritische Funktion wahr, indem sie gerade auch in als krisenhaft empfundenen gesellschaftlichen Situationen offene und unabschließbare Bildungsprozesse initiiert. Im zivilgesellschaftlichen Kontext eröffnet sie Räume für die Erprobung unabgegotener gesellschaftlicher und individueller Entwürfe und erweist sich gerade darin als unverzichtbar für eine ‚Kirche der Freiheit‘.“

Den Abschluss der Werkstatt bildete der Einblick in die *gesellschaftspolitische*

Kraft der Erwachsenenbildung, den der „Hausherr“ Joachim Twisselmann an den Erfahrungen des Bildungszentrums in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gab. Wie kann eine Kommune und eine Region mit dem „Ärgernis eines Grabes“ umgehen, dem Grab von Rudolf Heß in Wunsiedel, das von 2001 bis 2004 in immer größeren Dimensionen am Todestag von Rudolf Heß zum Aufmarschanlass der europäischen Rechten wurde? Es brauchte ein Bündel unterschiedlichster Handlungsebenen, von klassischer Bildungsarbeit wie der Organisation von „Alexandersbader Gesprächen“ über den Aufbau einer Stelle für Bildungsarbeit gegen Rechts, der Organisation einer politischen Gegenöffentlichkeit („Tag der Demokratie“), die die öffentlichen Bilder bunt besetzen kann, und Aktionen des zivilen Ungehorsams bis hin zum Zusammenschluss eines hochkarätig besetzten Bündnisses gegen Rechts auf Landesebene und erfolgreicher Strafrechtsänderungsinitiativen.

Dieses praktische Beispiel der Politischen Bildung sollte dann abschließend noch anhand eines Vortragstextes von

Wiltrud Giesecke, gehalten beim Festakt zum 50. Jubiläum der DEAE in der Humboldt-Universität Berlin 2011, gesellschaftstheoretisch in ein Konzept von Erwachsenenbildung als Stärkung der Zivilgesellschaft eingeordnet werden. Dafür reichte allerdings die Zeit der Werkstatt nicht mehr. Sie war aber ohnehin schon so überreich angefüllt mit guten Gedanken zur Profilierung von Erwachsenenbildung, dass es dieses Abschlusses auch nicht mehr bedurfte – allerdings: Die mit dem Vortrag markierte Aufgabe einer gesellschaftstheoretischen Fundierung Evangelischer Erwachsenenbildung bleibt dringlich und sollte in der geplanten Fortsetzung der Werkstatt aufgegriffen werden. Und so muss in Abwandlung eines 68er-Spruches und damit in Anknüpfung an den Zeithorizont, mit dem die Werkstatt in der berufsbiografischen Rekonstruktion begann, die Parole also lauten: „Schafft ein, zwei, drei ... viele Werkstätten Kritischer Bildungstheorie“!

Hans-Gerhard Klatt ist Pastor und Leiter des Ev. Bildungswerks Bremen.
bildungswerk.forum@kirche-bremen.de

Im Gespräch: Joachim Twisselmann und Martin Becher

„Im Fichtelgebirge beißen die Nazis auf Granit und in Franken sind nur die Bratwürste braun.“



v.l. Joachim Twisselmann, Martin Becher

Das Evangelische Bildungs- und Tagungszentrum Bad Alexandersbad hieß ursprünglich Evangelische Heimvolkshochschule. Was waren die Gründe für diese Umbenennung?

T. Die Heimvolkshochschulen waren durch die Klausursituation geprägt. Man ging raus aus dem Alltag in ein Heim auf Zeit und konnte dort für sich oder für die Gruppe etwas lernen. Anschließend ging man wieder heim. Das hatte seinen guten Sinn, der auch im gegenwärtigen Modell eines Tagungszentrums erhalten bleibt. Doch in den vergangenen Jahren haben wir unser Angebot sehr viel stärker auf die Menschen hier in der Region ausgerichtet. Daraus ist der Gedanke erwachsen, dass der Begriff „Bildungszentrum“ unsere Arbeit viel angemessener bezeichnet: Menschen und Fragen kommen hier zusammen und gehen anschließend wieder in die Welt hinaus. Außerdem besitzt heute ein Begriff wie „Heim“ einen zu negativen Beigeschmack. Er erzeugt in uns ja nicht mehr Vorstellungen von „Heimat“ oder „heimelig“, sondern eher von „Benimm Dich ordentlich, sonst kommst Du ins Heim.“

Die ersten Heimvolkshochschulen wurden in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg gegründet und sind somit eine der ältesten Institutionen der Erwachsenenbildung. Sind mit der Umbenennung diese Traditionslinien aufgegeben oder fortgeführt worden?

T. Nein, sie sind sicherlich nicht aufgegeben worden. Die Heimvolkshochschu-

len wurden ja gegründet im Blick auf die Bedürfnisse der jungen Leute zu einer Zeit, als es für diese kaum Möglichkeiten einer allgemeinen Schulbildung gab. Da waren vor allem die Winterkurse eine Gelegenheit zu intensiver Persönlichkeitsbildung. Das braucht man heute in diesem Maße natürlich nicht mehr. Und selbst wenn man es für wünschenswert hielte, dass junge Leute sich ein viertel oder halbes Jahr Zeit nehmen zur Persönlichkeitsbildung: wir fänden sie nicht mehr. Der Druck, nach der Schule rasch eine Ausbildung zu beginnen und Geld zu verdienen, ist einfach zu groß.

Deine Arbeit als Studienleiter für politische Bildung begann 1991, kurz nach der „Wende“. Bis dahin lag die Heimvolkshochschule im „Zonenrandgebiet“, heute liegt sie in „europäischer Zentrallage“. Wie kam es zu dieser Lage und hat sich durch sie die Arbeit verändert?

T. Zunächst gab es hier nichts, worauf man hätte aufbauen können, weder eine Einrichtung noch eine Immobilie, die man hätte umfunktionieren können, wie das bei den meisten Evangelischen Akademien der Fall war. 1958, als die Heimvolkshochschule gegründet wurde, lag sie an der Nahtstelle der Systeme: im Norden die DDR-Grenze, im Osten die Grenze zur Tschechoslowakei. Alles war verrammelt und verriegelt, auch geistig, denn man setzte sich mit der Weltanschauung

der Sozialisten auseinander, dem historischen Materialismus. Doch der Anstoß zur Gründung war eher unideologischer Natur und beruhte auf einem Nachahmungseffekt. Auf dem Hesselberg in Mittelfranken war ein paar Jahre zuvor eine evangelische Volkshochschule gegründet worden, die mit ihren Winterkursen viele junge Menschen anzog. Daraufhin bildete sich hier eine Initiative unterschiedlichster Menschen, aus der Landwirtschaft, der Kirche, der Politik, auch ein Porzellanfabrikant war dabei, die sagten: „Wir wollen so was für unsere jungen Leute auch hier.“

Wie sieht heute das Programm des Bildungszentrums und insbesondere Dein Arbeitsbereich aus?

T. Nach 1989 haben sich hier die ökonomischen und sozialen Bedingungen dramatisch verschlechtert. Allein im Landkreis Wunsiedel gingen durch die Umstrukturierung in der Porzellanindustrie – die hier fast monopolartig organisiert war – etwa 12.000 Arbeitsplätze verloren und kaum eine Familie blieb davon unberührt. Davon ausgehend veränderten wir den Schwerpunkt unserer Arbeit, indem wir sagten, wir müssen den Menschen in dieser Krisensituation beistehen. Inzwischen steht unser Angebot unter zwei Leitideen: Wir wollen einmal ein Zentrum für geistige und geistliche Orientierung sein und dazu bieten wir das klassische Programm an, also Tagungen und Abendveranstaltungen zu religiösen Themen. Wir wollen aber auch ein Ort öffentlicher Verständigung sein und organisieren neben den klassischen Wochenendtagungen zur politischen Bildung auch Abend- und Tagesveranstaltungen, die auf die Region zugeschnitten sind. Daneben gibt es vielfältige kulturelle und kreative Bildungsangebote, wie beispielsweise meditativen Tanzen oder Veranstaltungen zum Thema Landwirtschaft.

Solch ein Programm entsteht nicht bloß aus Inspiration. Welche „Anreger“ und Kooperationspartner sind speziell für die politische Bildung wichtig?

T. Einer der wichtigsten Kooperationspartner war der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KdA), insbesondere dessen ehrenamtlicher Flügel, die Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), über den sich viele Kontakte vor

Ort entwickelt haben. Schließlich wollte ich politische Bildung nicht nur von der Nachfrageseite her organisieren, nach dem Motto: Was können wir für Euch tun? Ich wollte auch die Angebotsseite stärken über die Leitfrage: Welche Themen und Ziele, Gedanken und Einsichten will die Evangelische Kirche in der modernen Welt verbreiten und inwiefern kann und muss sie sich säkularen Fragen aufschließen? Da ich sehr stark von der Evangelischen Jugend geprägt bin, war für uns der konziliare Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung ganz wichtig.

Der konziliare Prozess war Dein persönliches „Dreigestirn der Inspiration“ ...

T. Ja, und ist es bis heute. Das schlägt sich zum Beispiel in sozialpolitischen Gesprächen zum Thema „Aufbruch zur Gerechtigkeit“ nieder, das wir für viele Lebensbereiche durchdeklinieren: Was heißt Gerechtigkeit im Gesundheitssystem, in der Wirtschaft, in der globalisierten Welt, im Umgang zwischen den Generationen, im Verhältnis zwischen Männern und Frauen, im Blick auf die Schöpfung?

Du hast in der „IV. Werkstatt Kritische Bildungstheorie“, die wir gemeinsam im März durchgeführt haben, die Geschichte der „Projektstelle gegen Rechtsextremismus“ dargestellt, die Martin Becher bekleidet, und die als Geschäftsstelle für das „Bayerische Bündnis für Toleranz“ dient. Daran konnte man fasziniert verfolgen, wie sich ein zivilgesellschaftliches Bündnis dagegen entwickelt hat, die Stadt Wunsiedel als Begräbnisort von Rudolf Heß, dem Stellvertreter Hitlers, zum Wallfahrts- und jährlichen Aufmarschort der Rechten zu machen. Was waren die „Erfolgsfaktoren“ dieser Geschichte?

T. Weil der Staat das Demonstrationsrecht aller Bürger sichern muss, durften hier ab 2001 Heß-Gedenkmärsche stattfinden. Der Bürgermeister und die Parteien von Wunsiedel haben zunächst versucht, dem Aufmarsch nicht noch zusätzlich Aufmerksamkeit zu verschaffen durch ausführliche Berichterstattung oder gar Gegenveranstaltungen. Ich hielt das für falsch. Wir haben dann im Frühjahr 2002 eine Veranstaltung mit Michael Kohlstruck vom Zentrum für Antisemitismusforschung in Berlin gemacht und es waren Kommunalpolitiker wie Karl

Willi Beck (CDU) und Johanne Arzberger (SPD) dabei. Mit denen haben wir diskutiert über die Frage, ob Wunsiedel künftig der Ort sein soll, wo sich die Neonazis treffen. Oder ob es zu zeigen gelingt, dass Wunsiedel der Ort ist, den die Neonazis instrumentalisieren wollen, der sich aber dagegen wehrt. Es stehen der Ruf und die Zukunft des Ortes auf dem Spiel.

War das der zentrale Impuls für dieses Bürgerbündnis?

T. Ja, und das Bündnis erstreckte sich quer über das politische Spektrum, beschränkte sich nicht auf die Linken, Grünen und Alternativen, sondern auch die konservative Staatspartei und der Bürgermeister waren dabei, die sich ja mit der Sitzblockade in gewisser Weise strafbar gemacht haben. Die erste Polizeiautorität setzt sich sozusagen der Polizei in den Weg. 2006 schließlich war die Synode hier im Zentrum mit einem Empfang in Wunsiedel. Günther Beckstein war damals Innenminister, aber auch Synodalrat der Evangelischen Kirche und bei diesem Anlass entstand die Idee, hier eine Projektstelle gegen Rechtsextremismus einzurichten.

Die 2010 Martin Becher übernahm. Martin, Du warst viele Jahre in der Arbeiterbildung und Regionalentwicklung aktiv. Was hat Dich zum Engagement gegen Rechtsextremismus bewogen?

B. Dafür gibt es natürlich biografische Gründe. Ich war schon als Student in Berlin bei der Gedenkstätte Deutscher Widerstand tätig, war in der Jugendbildung und erlebte schon einen ersten Schub des Rechtsextremismus vor 20 Jahren, bald nach dem Mauerfall.

Was charakterisiert die Arbeit auf einer Projektstelle?

B. Sie ist in hohem Maße personenabhängig, weil es kein institutionelles Gerüst gibt. Ich versuche, zivilgesellschaftliche, religiöse und arbeitsweltliche Akteure mit Akteuren aus dem Bildungssektor, wie den Schulberatungsstellen, und dem Staat, wie der Polizei und dem Verfassungsschutz, zusammenzubringen. Dabei geht es häufig um Strukturfragen wie beispielsweise: Wie organisiere ich so ein Bündnis? Wie treten wir an die Öffentlichkeit? Wie organisieren wir interne Meinungsbildungsprozesse? Wie treten

wir gegenüber städtischen Verantwortlichen oder der Polizei auf? Ich berate aber auch Kommunen oder die Polizei und insofern gibt es ein regelrechtes Kaleidoskop an Adressaten dieser Unterstützung und Beratung. Dabei changiert die Arbeit stets zwischen Bildung und Beratung.

Kannst Du dieses Changieren konkretisieren?

B. Wenn ich im Namen der Projektstelle Veranstaltungen hier im Haus mache mit Kollegen aus anderen regionalen oder fachlichen Kontexten wie dem Deutsch-Tschechischen Seminar oder dem jugendschutz.net aus Mainz oder Geschichtslehrerinnen und -lehrern oder den Jugendberatern aus den Behörden, dann mache ich mit denen Veranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus, die auch immer Beratung für die konkrete Arbeit vor Ort in unterschiedlichen beruflich-funktionalen Zusammenhängen sind.

Dadurch hat doch sicherlich auch das Zentrum ein neues Profil in seinem Angebot gewonnen?

B. Ja, das ist quasi ein öffentlich-rechtlicher Auftrag, Fortbildungen für Lehrkräfte zu machen, die dann als staatliche Lehrerfortbildungen anerkannt werden. Oder es kommen Schulklassen zu uns, um hier politische Bildung zu genießen.

Joachim, vor wenigen Jahren wurde durch eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung festgestellt, dass in Kirchengemeinden rechtsradikales Gedankengut überproportional vertreten ist. Gibt es einen Zusammenhang zwischen einem bestimmten Typus religiöser Haltung und rechtsradikalen Einstellungen?

T. Das ist nicht meine These. Ich glaube, es ist eher so, dass unsere Evangelischen eben ganz normale Zeitgenossen sind und sich bei ihnen einfach vieles mischt. Bemüht wird gerne das Beispiel der Landfrauen, die Sätze formulieren wie: „Für uns kommen die Deutschen zuerst.“ Doch dieselben Frauen, die so reden, sind im Einzelfall sehr menschlich und hilfsbereit, auch gegenüber Fremden. In solchen Äußerungen steckt auch viel Überforderung durch die moderne, globalisierte Welt. Außerdem sind gut gepflegte Feindschaften schon mit dem Nachbarort ganz üblich oder wie hier zwischen Oberfranken und Oberpfälzern. Das sind menschliche Unzulänglichkeiten und Schwächen, und man begeht einen Feh-



ler, sie nur als politischen Extremismus zu deuten. Zwar sind solche Menschen bis zu einem gewissen Grad durch Demagogen mobilisierbar. Denkbar ist aber auch, dass zum Beispiel ein Bischof, der einen menschenfreundlichen und politischen Protestantismus vertritt, das Klima in die andere Richtung wenden und etwa solchen Frauen sagen kann, dass im Alten Testament steht, ihr sollt die Fremdlinge nicht bedrücken, weil ihr ward selber mal Fremdlinge in Ägyptenland, und dass Jesus sagt: Was ihr den nächsten meiner Brüder und Schwestern tut ... Und das ist alles auch in ihnen. Diese Seite müssen wir als evangelische Kirche stärken und kräftigen.

B. Extremismus gibt es auch in der politischen Mitte, er beschränkt sich nicht auf die radikale Rechte oder Linke. Das ist sozusagen die Verfassungsschutzperspektive: Hier gibt es die gute Mitte und dann gibt es die rechten und linken Radikalen und die Extremisten. Damit spielt man Verschiebebahn: Man erklärt das Problem zu dem der anderen und es hat nichts mit einem selbst zu tun. Doch wenn man institutionell denkt, müssen alle, die Evangelischen und Katholischen, die Gewerkschaften und Parteien, der Feuerwehrverein und alle Verbände bei sich anfangen. Mein Leitspruch in dieser Frage lautet: Erst wenn wir erkennen, dass wir Teil des Problems sind, können wir Teil der Lösung werden.

Inwiefern sind wir selber Teil des Problems?

B. Vielleicht kann man es an einem anderen Thema verdeutlichen, das in den Debatten zur Kirchenverfassung wichtig ist. Wenn es um die Frage geht, ob Homosexuelle Pfarrer werden dürfen, da gibt es Diskurse und Positionen, die zum Teil weit über das Konservative hinausgehen und von Rechtsextremen aufgegriffen werden können. In diesem Sinne sind wir Bestandteil. Das ist übrigens eine große Stärke des Bündnisses für Toleranz, dass wir uns noch auf die klassischen Institu-

tionen hin orientieren, die sich mit ihrer Geschichte auseinandersetzen, wie etwa dem Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverband, und ihre Rolle während der Nazizeit aufgearbeitet haben.

T. Und es stimmt, was die Dekanin Schürmann sagt: Die leitenden Leute der evangelischen Kirche positionieren sich inzwischen in dem Bündnis. Das tun sie aber auch deshalb – das ist meine These –, weil wir hier vornewegmarschiert sind und es uns gelungen ist, einen gewissen Sog zu erzeugen. Ich glaube, dass wir hier in Wunsiedel und der Gegend eine Hegemonie übernommen haben: Die Braunen kriegen hier keinen Fuß in die Tür. Lass es mich so sagen: Im Fichtelgebirge beißen Nazis auf Granit und in Franken sind nur die Bratwürste braun.

Zeigt sich in dieser individualisierten Zueignung moralischer Überzeugungen eine Emanzipation von der Orientierung an kulturellen Eliten, die einen moralischen Konsens vorlegen, der sich aus der Erinnerung an Verbrechen speist?

T. Es war ein dialektischer Prozess, ausgehend von der Evangelischen Jugend oder dem Arbeitskreis Evangelische Kirche gegen Rechtsextremismus, dem sich auch die leitenden Kirchenleute nicht entziehen konnten.

B. Spannend daran ist, dass es in diesem Prozess des Sich-Wehrens gegen Rechtsextremismus zentral um die Frage nach der Demokratie geht. Worin besteht sie? Ist sie etwas Formales? Demokratie ist nicht einfach erlernbar durch einen Kursus oder so, sondern sie muss erfahren werden, indem man sich widerständig mit etwas auseinandersetzt und merkt, dass man Rechte hat und um diese Rechte kämpfen muss. Ich versuche den Leuten auch immer klar zu machen, dass sie sich von diesen Rechtsextremisten nicht die Agenda aufnötigen lassen sollen. Die Leute auf den Dörfern empfinden meine Beratung und Vorträge auch ganz

stark als Ermutigung und Ermunterung. Sie lernen, sich als Herr oder Frau der Prozesse zu verstehen, die hier anstehen, für die sie sich von niemandem die Berechtigung holen müssen. Aber darüber hinaus muss auf der Ebene der Landeskirche die Vernetzung stärker werden. Eine Art runder Tisch der evangelischen Landeskirche zum Thema Rechtsextremismus wäre gut, um den Erfahrungsaustausch mit Theologinnen und Theologen zu gestalten. Ebenso wichtig ist jedoch die Arbeit mit Familien, mit Konfirmandinnen und Konfirmanden, der Gefängnisseelsorge, der Caritas. Vor allem hier versuchen die Rechten über junge Frauen in die sozialen, erzieherischen und pflegerischen Berufe hineinzukommen und ihre Thesen zu verbreiten.

Welche künftigen Impulse und Strukturveränderungen für die evangelische Erwachsenenbildung ergeben sich aus Eurer Arbeit und der Organisation eines Bildungszentrums?

T. Es wird weiterhin so sein, dass Leute, die jetzt durch diese Arbeit angeregt werden, etwa über Demokratie oder das Zusammenleben von Menschen in Europa nachzudenken, dass die neugierig werden auf politische Fragen.

B. Ich glaube, die Organisationsentwicklung wird künftig andere Formate nötig machen, die zwischen Beratung und Bildung stehen. Auch die Ausrichtung auf bestimmte Akteursgruppen wird wichtiger, denn ich mache keine politische Bildung für „Endverbraucher“, sondern für Menschen in ihrer jeweiligen Funktion als Bürgermeister, als Polizist, als Mitglied in der Bürgerinitiative oder als Schulleiter. Und wir brauchen eigentlich nicht noch mehr Unterricht über den Nationalsozialismus, sondern viel mehr so etwas wie eine Wertschätzung demokratischer Vorgänge und somit eine umfassende politische Bildung, die nicht in den Abrechnungseinheiten des Teilnehmerdoppelstundensystems aufgeht.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führte Andreas Seiverth.

Dr. Joachim Twisselmann

Stellvertretender Leiter des Evangelischen Bildungs- und Tagungszentrums Alexandersbad

Martin Becher

Geschäftsführer des „Bayerischen Bündnis für Toleranz“



Rat der
Weiterbildung - KAW

Stellungnahme des Rats der Weiterbildung zum Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Errichtung des EU-Programms „Erasmus für alle“

Bildung ist die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftliche Entwicklung. Die Europäische Union (EU) braucht eine umfassende Bildungsförderung, um den Fortbestand der EU zu sichern. Das bedeutet, in lebenslanges Lernen (LLL) zu investieren. Denn gerade das Lernen in allen Phasen des Lebens und der Erwerbsbiografie ist von entscheidender Bedeutung in einer globalen Gesellschaft, einem sich stetig ändernden Arbeitsmarkt und den sich somit verändernden Anforderungen an die Menschen sowie einem Europa der Bürgerinnen und Bürger.

Der Rat der Weiterbildung begrüßt, dass die Europäische Kommission sich der Verwirklichung des LLL für alle EU-Bürger verschrieben hat und mit dem Programm „Erasmus für alle“ diese Ziele umsetzen möchte. So heißt es in dem Entwurf der EU-Kommission, der am 23. November 2011 vorgestellt wurde, dass mit dem neuen Programm die EU-Maßnahmen strukturell besser auf den Prozess des LLL abgestimmt werden sollen, die Effizienz von allgemeiner und beruflicher Bildung gesteigert werden, die strategische Ausrichtung verstärkt werden und die Synergien zwischen den verschiedenen Bildungsbereichen effizienter ausgeschöpft werden sollen. Darüber hinaus soll der Einsatz der Mittel effektiver erfolgen, die Finanzierungsmodalitäten und somit die formalen Anforderungen für die Bildungsteilnehmenden sollen vereinfacht werden. Der Rat der Weiterbildung begrüßt ebenso die Budgeterhöhung um 70 Prozent gegenüber der laufenden Förderperiode des Programms lebenslanges Lernen:

Dennoch gibt es aus Sicht des Rats der Weiterbildung einige kritische Punkte bezüglich des vorgelegten Programmvorschlags.

1. Der Programmvorschlag begründet nicht nachvollziehbar genug, warum mit der Zusammenlegung von sieben Bildungsprogrammen (u. a. Schule, Aus-, Berufs- und Hochschulbildung) die Programmziele besser umgesetzt werden können. Die Zielsetzungen der Strategie 2020 sind größtenteils bildungsbereichsspezifisch, was für ein Festhalten an der jetzigen Struktur sprechen würde. Zudem fehlt eine Konkretisierung, welche aktuellen Maßnahmen fortgeführt und welche abgeschafft werden sollen.

2. Eine konkrete Budgetfestlegung für die einzelnen Bildungsbereiche fehlt bisher. Dies ist dringend erforderlich für Bildungseinrichtungen, die sich im Bereich der EU-geförderten Bildung engagieren. Bisher liegt eine prozentuale Mindestzuordnung zu einzelnen Bereichen von 56 Prozent des Gesamtbudgets vor. Diesen Zuordnungsanteil gilt es auf mindestens 80 Prozent zu erhöhen.
3. Der Fokus wird stark auf die Hochschulbildung (25 Prozent der geplanten Mittel) gelegt, u. a. auf die Mobilität von Studierenden, obwohl gerade diese Gruppe nachweisbar bereits eine hohe Mobilität aufweist. Um LLL für alle EU-Bürger zu verwirklichen sowie den europäischen Gedanken zu verbreiten, sollten vor allem Gruppen gefördert werden, die eher bildungsfern sind bzw. eine geringere Mobilität aufweisen wie Auszubildende, Migranten, Geringqualifizierte, Ältere, Jugendliche. Denn gerade diese Gruppen würden in hohem Maße davon profitieren.
4. Der Schwerpunkt des LLL liegt nach dem Abschluss der formalen Bildung. Deshalb sollte ein Hauptaugenmerk der EU-geförderten Bildung auf der non-formalen Bildung liegen. Auch der demografische Wandel, der sich in den meisten EU-Mitgliedstaaten vollzieht, sollte verstärkt Berücksichtigung finden. Für die (allgemeine) Erwachsenenbildung sowie die berufliche Bildung sollte daher jeweils ein eigenes Bildungsprogramm vorgesehen werden, um den vielfältigen Aufgaben und Herausforderungen gerecht zu werden. Das Budget der allgemeinen Erwachsenenbildung sollte mit mindestens 7 Prozent des Gesamtbudgets ausgestattet werden.
5. In Deutschland hat sich die Zuständigkeit verschiedener Nationalagenturen anhand von Bildungsbereichen und Zielgruppen bewährt. Der Rat der Weiterbildung lehnt deshalb die Reduzierung auf nur eine Nationalagentur ab.
6. Das neue Programm sieht keine Basisförderung für Europäische Dachverbände mehr vor. Eine Streichung dieser Förderung hätte drastische Folgen für die Verbände, die mit der Kommission arbeiten, um die europäische Bildungspolitik praxisorientierter zu gestalten. Eine Unterstützung der Zivilgesellschaft im Bereich des lebenslangen Lernens beinhaltet auch eine zuverlässige Förderung der zivilgesellschaftlichen europäischen Dachverbände. Eine Basisförderung sollte deshalb wieder in das Programm aufgenommen werden.

Bonn, den 11.5.2012